



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

XXXVII. Wettrüsten in Europa 1913

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

XXXVII

W e t t r ü s t e n i n E u r o p a 1 9 1 3

\*

## XXXVII. Wettrüsten in Europa 1913

\*

Französische und deutsche Truppenvermehrung . . .	266
Deutsche Außenpolitik. Jagow . . . . .	271
Differenzen zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin in den Balkanfragen . . . . .	275
König Ferdinand von Bulgarien . . . . .	279

Die Menschen stehen immer im Banne des letzten großen Erlebnisses, das, ob freudig oder schmerzlich, überstark auf sie wirkt; darüber ver-rauschen die Lehren der Geschichte, wenn sie überhaupt in ihrem Geiste Wurzel geschlagen haben. Im Winter auf 1913 war die Welt voll von den Siegen des Balkanbundes, von dem Emporkommen der Slawen, von der Gemeinbürgerschaft Rußlands und seiner Vasallen, die dem sie schützenden Zarenreich in einem europäischen Kriege militärischen Zu-zug leisten würden. Blieben die Slawen einig, so verschob sich zu ihnen der Schwerpunkt der Macht.

Frankreich horchte auf und reckte sich in die Höhe, es sah den Tag der Abrechnung mit Deutschland heraufziehen. In Erwartung der kommenden Dinge und bereit, den günstigen Augenblick zu benützen, verbanden sich Frankreich und England im November 1912 durch die zwischen Grey und Cambon gewechselten Briefe, nicht bloß um einen Angriff abzuwehren, sondern um beim Eintreten „eines, den allge-meinen Frieden bedrohenden Ereignisses“ militärische Maßregeln zu treffen. Ihre Hand ruhte am Degen, zur Verteidigung wie zum An-griffe bereit.

Auch ohne von diesem Abkommen unterrichtet zu sein, empfand die deutsche Regierung die gesteigerte elektrische Spannung der Atmosphäre. Die strategische Rechnung ihres Generalstabes war umgeworfen. Das von deutschen Offizieren ausgebildete türkische Heer war zerschlagen und nur notdürftig zusammenge kittet. Österreich-Ungarn wäre, wenn es im Kriegsfall die Streitkräfte des gesamten Balkanbundes zu be-kämpfen gehabt hätte, damit übergenuß beschäftigt gewesen. Bei dieser Sachlage konnte es gegen Rußland nur ein unzureichendes Heer auf-bieten, zumal wenn seine Slawen sich nicht mehr zur Verteidigung der

Monarchie gegen die slawische Welt im Osten und Süden bereitfinden. Dann ruhte die Last der Abwehr gegen Rußland ausschließlich auf dem Deutschen Reiche. Daher der im November 1912 zu Berlin gefaßte Beschluß auf verstärkte Waffenrüstung<sup>1)</sup>.

Vorsicht war um so mehr geboten, als die deutsche Regierung im März 1913 zur Kenntnis nicht bloß des englisch-französischen Marineabkommens, sondern auch des Grey-Cambonschen Briefwechsels kam, welcher letzterer ihr sogar im Wortlaut übermittelt wurde. Der gewandte Überbringer dieser wichtigen Nachricht, offenbar ein deutscher Diplomat, befand sich zwar im Irrtume mit der Annahme, daß England der französischen Verlockung erlegen wäre — es verhielt sich eher umgekehrt —, aber er zog aus den Schriftstücken den richtigen Schluß, indem er schrieb:

„Die englische Regierung spielt ein gefährliches Spiel. Sie hat durch ihre Politik in der bosnischen und in der marokkanischen Frage Krisen, die Europa zweimal an den Rand des Krieges brachten, hervorgerufen. Die Ermütigung, die sie direkt wie indirekt andauernd dem französischen Chauvinismus zuteil werden läßt, kann eines Tages zu einer Katastrophe führen, bei der englische wie französische Soldaten auf französischen Schlachtfeldern die englische Einkreisungspolitik mit ihrem Blute bezahlen werden. Die Saat, die König Eduard gesät hat, geht auf.“<sup>2)</sup>

\*

## Französische und deutsche Truppenvermehrung

Je düsterer für Deutschland der Anblick der Lage war, desto heller erstrahlte im Herzen des französischen Volkes die Hoffnung auf Wiedergewinn des 1870 Verlorenen. In Poincaré sahen die Nationalisten

<sup>1)</sup> Den Zeitpunkt gab Bethmann Hollweg im Reichstage am 8. April 1913 an.

<sup>2)</sup> Die der deutschen Regierung zugekommene wichtige Enthüllung wurde von ihr zu Beginn des Weltkrieges der Öffentlichkeit bekanntgegeben. H. F. Helmolt, „Die geheime Vorgeschichte des Weltkrieges“, S. 75—77.

den Träger dieses Gedankens, dem er schon als Ministerpräsident jeden möglichen Dienst leistete. Als daher die Amtsdauer Fallières' im Januar 1913 zu Ende ging, war Poincaré für die Männer der Vergeltung der natürliche Anwärter auf die höchste Würde der Republik. Eben deshalb stieß seine Bewerbung bei seinen persönlichen Gegnern gleich Clemenceau, wie auch bei den Friedensfreunden innerhalb der republikanischen Gruppen auf Widerspruch. Als sich diese am 16. Januar zur Probeabstimmung versammelten, blieb er mit 309 Stimmen in der Minderheit gegenüber Pams, auf den sich 323 Stimmen vereinigten; letzterer wurde zum Kandidaten der Republikaner ausgerufen und Clemenceau forderte in seiner gewalttätigen Art Poincaré zum Rücktritte von der Bewerbung auf. In den Straßen von Paris jedoch kam es zu Kundgebungen für den Lothringer, der aus seinem Grolle gegen Deutschland kein Hehl machte. Am entscheidenden Wahltage, dem 17. Januar 1913, gaben ihm auch die Monarchisten ihre Stimme, doch selbst dann war seine Mehrheit nicht groß, nicht mehr als 483 unter 870 Stimmen.

Der neue Präsident der Republik entsprach der in ihn gesetzten Erwartung gleich damit, daß er am 26. Februar Delcassé zum Botschafter in Petersburg ernannte. Der Mann, der 1905 den Krieg mit Deutschland der Erledigung der Marokkofrage durch Zusammentritt einer Konferenz vorzog, trug dem Erbfeinde seitdem auch die erlittene persönliche Niederlage und die Verdrängung aus dem Amte nach. Wie er in Petersburg gegen Deutschland tätig war, so in Paris der Botschafter Iswolskij, der, von Aehrenthal politisch überwunden, seinerseits an Osterreich-Ungarn Rache zu nehmen vorhatte.

Während des Winters auf 1913 arbeiteten in Paris und in Berlin die Generalstäbe an den Plänen zur Heeresverstärkung, über die Poincaré sich schon im August 1912 zu Petersburg mit Rußland verständigt hatte. Wohl stellte die französische Regierung amtlich in Abrede, daß sie damals mit der russischen Regierung ein Abkommen auf Verlängerung des Heeresdienstes geschlossen hätte, und ein förmlicher Vertrag wird somit auch nicht zustande gekommen sein; aber Clemenceau und

Jaurès haben so bestimmt behauptet, in Petersburg wäre der Anstoß gegeben worden, daß an dieser Tatsache nicht zu zweifeln ist. Am 17. Februar veröffentlichte der „Temps“ die Grundzüge des neuen Wehrgesetzes, das den Kammern am 6. März unterbreitet wurde. Es legte den Franzosen ein schweres Opfer auf, indem die Dienstverpflichtung von zwei auf drei Jahre verlängert werden sollte, wodurch das stehende Heer eine Erhöhung des Friedensstandes um 157000 Mann, von 480000 auf rund 640000 Mann erfuhr. Da das Vorrecht des Einjährigfreiwilligendienstes 1905 abgeschafft worden war, bedeutete die Vorlage für die studierende Jugend wie für alle Bürger eine erhebliche Vermehrung der Kriegslasten. Nach der Ansicht des Generalstabes jedoch konnte Frankreich, das bloß 39 Millionen Einwohner gegenüber den 65 Millionen Deutschlands zählte, nur auf diese Art dem überlegenen Feinde die Spitze bieten, und so gegen den ersten feindlichen Stoß ein genügend starkes Heer auf die Beine bringen.

Obwohl nun die Mehrheit der Kammern der Vorlage günstig gesinnt war, erhob sich doch auch lebhafter Widerspruch. Eine große Anzahl von Schriftstellern und Gelehrten, darunter Anatole France, warnte in einem öffentlichen Aufrufe vor der Überstürzung, mit der das geistige und wirtschaftliche Leben der Nation in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dazu der militärische Gegengrund: keine Armee zieht vor Einberufung ihrer Reserven ins Feld, so daß, wenn nur die Truppen in zwei Jahren genügend ausgebildet sind, die Auffüllung der Stämme ebenso schnell vor sich geht, ob nun ein Jahrgang mehr bereits unter den Fahnen steht oder nicht. Besonders unter den gerade dienenden Mannschaften, die, zu zweijährigem Dienste berufen, unerwartet von der neuen Verpflichtung betroffen wurden, erregte die Reform große Erbitterung. In Paris, Orleans, Nancy, Belfort und an vielen anderen Orten rotteten sich die Soldaten zusammen und drohten mit Aufruhr, wenn man sie länger bei den Fahnen festhalte. Die Regierung gab insofern nach, als sie in das Gesetz die Bestimmung aufnehmen ließ, die bereits dienenden Soldaten seien nach dem zweiten Jahre zu entlassen. Der ganze Vorgang warf auf die Mannszucht im Heere ein übles Licht; als außer-

dem bekannt wurde, daß die Zahl derjenigen, die sich der Einberufung zum Dienste entzogen, in den Jahren 1909 bis 1911 von 23370 auf 76723 gestiegen war, mehrten sich die Besorgnisse. Die Freunde der Militärvorlage wuchsen jedoch an Zahl, als die deutsche Regierung am 7. April dem Reichstage einen Entwurf vorlegte, demzufolge die Zahl der jährlich Auszuhebenden um 116965 Mann zu erhöhen wäre. Durch dieses Aufschwellen der Rekrutenzahl sollte das deutsche Heer den Friedensstand von 863000 Mann erreichen, also den Frankreichs ganz bedeutend übertreffen, selbst wenn die Kammern der Vorlage zustimmten.

Diesseits wie jenseits des Rheins wurde behauptet, erst die Rüstungen des anderen Teils hätten zu Gegenmaßnahmen genötigt. Tatsächlich aber waren beide Regierungen schuld an dem Wettrüsten, denn die jetzige Anstrengung war hien wie drüben ins Auge gefaßt, bevor man von der Absicht der anderen Kenntnis hatte; dann aber trieb ein Keil den anderen. Die Reden des Kriegsministers Etienne vom 18. Juni und des Ministerpräsidenten Barthou vom 26. Juni, welche die Einwürfe Jaurès', Caillaux' und der Sozialisten bekämpften, enthielten kriegerische Aufrufe gegen das Deutsche Reich. Etienne erklärte, Deutschland denke nicht an einen plötzlichen Angriff, sondern an einen Massenangriff, deshalb vermehre es seine Truppenzahl. Diese Gefahr verkennen, hieße die Nation täuschen; wenn Frankreich nicht überflutet werden wolle, müsse es von der ersten Stunde an die Gesamtheit der organisierten Streitkräfte ins Feld schicken.

Ob nun der böse Wille Deutschlands bestand oder nicht, jedenfalls war der militärische Beweisgang Etiennes schief, da, wie man ihm in der Kammer vorhielt, die Korps aus dem Innern doch immer erst nach Einziehung aller Reservemänner des Feldheeres an die Grenze befördert werden würden, also mit den Mannschaften von 14 Altersklassen und nicht bloß von den dreien, die gerade bei den Fahnen standen. Doch gleichviel; das aufgepeitschte Mißtrauen beherrschte die öffentliche Meinung so stark, daß der Grundsatz der dreijährigen Dienstpflicht in der Deputiertenkammer am 20. Juli mit 358 gegen 205 Stimmen genehmigt

wurde. Die verhältnismäßige Stärke der Opposition war jedoch ein Beweis, daß die Erklärung der sozialistischen Partei gegen „die pseudo-nationale Politik“ des Präsidenten Poincaré auch bei den bürgerlichen Radikalen Billigung fand. Im Senat war die Mehrheit für das Gesetz größer; bezeichnenderweise enthielt sich der Führer der französischen Pazifisten, Baron d'Estournelles de Constant, der Abstimmung, statt sich zu der von ihm auch in einer Berliner Friedensversammlung verkündeten Überzeugung zu bekennen.

Mit demselben Ergebnisse schlossen die Verhandlungen des deutschen Reichstages, nur daß aus ihm sorgenvoller Ernst über die Einkreisung Deutschlands sprach. Die Militärvorlage knüpfte an die Tatsache an, daß die allgemeine Wehrpflicht im Reiche nur unvollkommen durchgeführt war, da man die Ausgaben für die Einstellung aller waffenfähigen jungen Mannschaften scheute. Frankreich dagegen legte sich dieses Opfer auf, um trotz seiner geringeren Einwohnerzahl eine der deutschen nahezu gleich starke Armee aufzustellen. Daher wurden jenseits des Rheins alle waffenfähigen jungen Leute ausgebildet, 82 % aller Zwanzigjährigen, in Deutschland nur 58—59 vom Hundert<sup>1)</sup>. Somit mußten in Deutschland sofort ältere Leute, meist Familienväter, in den Krieg ziehen, viele Jüngere blieben dagegen zunächst zu Hause, um erst ausgebildet zu werden. Deshalb verlangte die Heeresverwaltung die Erhöhung der jährlichen Rekrutenzahl um 63000 Mann, also bei zweijähriger Dienstpflicht die Verstärkung des Friedensheeres um 116—117000 Gefreite und Gemeine, zu denen noch 4000 Offiziere und 15000 Unteroffiziere traten. Es sollten also fortan statt 661000 Mann 778000 Gefreite und Gemeine, außerdem 17000 Einjährig-Freiwillige Heeresdienst leisten. Man sieht also, daß Frankreich seinen Friedensstand mehr erhöhte als Deutschland; aber dieses verstärkte gleichzeitig seine Feldarmee, was Frankreich nicht mehr vermochte, da es bereits früher alle seine waffenfähige Mannschaft eingestellt hatte. Es war in Deutschland auch so eine starke Anspannung, aber nicht die äußerste, zu der die Nation

<sup>1)</sup> So der Regierungsvertreter in der Sitzung des deutschen Reichstags vom 9. April 1913.

fähig war; sind doch zu Beginn des Weltkrieges 1 200 000 Kriegsfreiwillige zu den Fahnen geeilt.

Auch in Frankreich mußten gleichzeitig große Summen für die neuen Heeresauslagen bewilligt werden; in Deutschland forderte die Regierung für die Mehrkosten an Bewaffnung, Ausrüstung und für Neuformationen den großen einmaligen Betrag von 1291 Millionen Mark. Nicht durch Anleihen wollte man diese Summen decken, sondern durch neue Steuern. Abgesehen von der Erhöhung der Zölle und der Erbschaftssteuern, außer den neuen Stempelabgaben und sonstigen Leistungen, wurde eine Vermögensumlage verlangt. Diese Wehrsteuer traf ausschließlich die besitzenden Klassen, fand aber nirgends Widerspruch, da das von Feinden und Nebenbuhlern umgebene Vaterland das Opfer zu heischen genötigt war.

Durch die Beratungen wehte ein freudiger nationaler Sinn, der nirgends in eine Herausforderung des Auslandes umschlug. Alle bürgerlichen Parteien stimmten zu, Polen und Elsässer natürlich ausgenommen; die Sozialdemokraten behaupteten, sie glaubten an keinen großen Krieg und verspotteten die Furchtsamen, die sich vor den Balkanwirren und überhaupt vor aller Welt fürchteten.

\*

## Deutsche Außenpolitik. Jagow

Der Gang der deutschen Außenpolitik war im allgemeinen den zwei von Bethmann Hollweg bei der ersten Lesung der Wehrvorlage gehaltenen Reden zu entnehmen, und schon aus ihnen erhellte, daß der Tod Riederlen-Wächters (Ende Dezember 1912) nicht spurlos vorübergegangen war. Sein Scheiden war für das Reich ein schwerer Verlust und da auch Marschall im selben Jahre verschied, blieb die ihrer zwei fähigsten Männer beraubte deutsche Diplomatie verwaist zurück. Es war Not an Mann; Lichnowsky war für London kein ausreichender Ersatz und

auch für das Amt des Staatssekretärs mußte man sich mit einem Notbehelfe begnügen. Der Botschafter am Quirinal, Gottlieb von Jagow, auf den die Wahl fiel, scheute selbst vor der schweren Bürde zurück und bat dringend, auf seinem Posten bleiben zu dürfen, wick aber dem Drängen des Kaisers und Bethmanns und wurde am 5. Januar 1913 mit der Leitung der Geschäfte betraut. Dabei war bei der Unsicherheit des Kanzlers in der äußeren Politik die Wahl seines Gehilfen eine Angelegenheit erster Ordnung. Riederlen-Wächter war fast ganz selbständig vorgegangen und mitunter kaum dazu zu bringen, dem Kanzler in die Verhandlungen mit dem Auslande Einblick zu gewähren. Seine Steifnackigkeit und sein starkes Selbstbewußtsein waren auch dem Kaiser unbequem, aber er war den fremden Diplomaten an Geschicklichkeit ebenbürtig und ging mit Sicherheit seinen Weg. Am liebsten wäre ihm stetes, gutes Einvernehmen mit Rußland gewesen, und da er die Türkei verloren gab, so eröffnete sich die Möglichkeit, auf ihre Kosten zu diesem Ziele zu gelangen. Er war aber mehr ein Mann der diplomatischen Kleinkunst, kein Bahnbrecher; auch er konnte sich nicht entschließen, im Geiste Bismarcks die Türkei als Opfer hinzuwerfen, Konstantinopel den Russen zu überlassen und eine großzügige Lösung der orientalischen Frage vorzubereiten. So hinterließ er seinem Nachfolger eine verwickelte Erbschaft.

In einem Hauptpunkte stimmte der Kanzler mit Jagow besser überein als mit Riederlen-Wächter, und das war das Verhältnis zu Rußland und zu England. Beide waren, wie man es später genannt hat, Anhänger der westlichen Orientierung. Nicht in dem tieferen Sinne, daß Jagow den Forderungen Großbritanniens Raum geben wollte, um Deutschland in der Weltpolitik Luft zu machen; so weit verstieg er sich nicht und hätte sich damit auch beim Kaiser unmöglich gemacht. Indessen erwirkte der neue Staatssekretär ein rascheres Tempo in den Unterhandlungen über die beiderseitigen Flottenstärken und war überhaupt bemüht, durch einen Ausgleich über Einzelfragen eine bessere Stimmung hervorzurufen. Man war endlich so weit, daß Sirpiß am 7. Februar 1913 im Reichstage erklärte, Deutschland werde bei

den Schiffsbauten nicht über das Verhältnis von 10 zu 16 hinausgehen. In der Londoner Botschafterkonferenz überließ das Berliner Kabinett die Führung dem britischen Staatssekretär, die sowohl bei der Unterhandlung über das Schicksal Adrianopels wie Diakowas zutage trat; Bulgaren und Serben stießen beide Male bei Deutschland nicht auf Schwierigkeiten.

Dagegen rückte das Berliner Kabinett, was ganz überflüssig war, allgemach von Rußland ab. Nicht, daß mit dem Tode Ridelens ein völliger Wandel eingetreten wäre, denn es war nicht Jagows Art, und es lag nicht innerhalb seines Könnens, neue und überraschende Wege zu weisen. Im engen Kreise seiner politischen Einsichten unterschied und schloß er spitzig und scharf, aber er griff in den allgemeinen Gesichtspunkten, in den Grundlagen seiner an sich logischen Folgerungen, fast regelmäßig daneben. Was immer auf der Balkanhalbinsel geschah, sah er unter dem Augenwinkel des deutsch-russischen Gegensatzes. Der Kanzler ließ sich bei dieser Auffassung von dem Gedanken des Schutzes europäischer Gesittung gegen die von Osten hereinbrechende Barbarei leiten; er war nach Anlage und Bildung der Kulturmensch, der sich der Führung einer allerdings nicht sehr tief schürfenden Geschichtsphilosophie anvertraute. Diese Philosophie zog ihre Nahrung aus dem Gefühle, nicht aus der sich streng disziplinierenden Vernunft. Dem nüchtern denkenden Staatssekretär waren diese Ideen nicht fremd, aber sie standen bei ihm in zweiter oder dritter Linie; es schien ihm wichtiger, kleinere oder größere Vorteile in Konstantinopel und Vorderasien zu erringen, damit es nicht heiße, die daselbst von der deutschen Diplomatie erzielten Erfolge seien unter seiner Geschäftsführung zusammenschmolzen. Auf die Türkei nahm er deshalb mehr Rücksicht als sein Vorgänger. Damit aber vertiefte sich, ohne daß man sich in Berlin darüber klar gewesen wäre, die das Deutsche Reich und Rußland trennende Kluft.

Diese Stimmungen spiegelten sich in der ernstesten und würdigen, Drohungen vermeidenden Rede Bethmann Hollwegs vom 7. April 1913 wider, in der er sich deutlich England zuneigte, dagegen an einer

Stelle den Gegensatz des Germanen- und des Slawentums mit überflüssiger Bestimmtheit betonte. Über Greys Rolle auf der Londoner Konferenz verbreitete er sich mit hohem Lobe und erhoffte sich von dem Zusammenwirken mit England noch Besseres als bisher. Indem er auf der andern Seite den Vorhang von den Hintergründen des Ostens aufhob, glaubte er, wenn auch nur bedingungsweise, auf den künftigen Kampf zwischen Germanen und Slawen aufmerksam machen zu sollen; für die Germanen bedeute es einen Nachteil, daß das „System der Gegengewichte“ durch die Niederlage der Türkei verschoben worden sei. Die Unflugheit dieser Gegenüberstellung sprang in die Augen; denn dann ging durch Österreich-Ungarn der Riß, dessen Slawen fälschlich den Feinden der Mittelmächte zugezählt wurden, was von den Kroaten und österreichischen Polen durchaus nicht galt. Ebenso vergaß der Reichskanzler den uralten Zwiespalt zwischen Polen und Rußland, wie Bulgariens sich vorbereitende Lossagung von der Schutzherrschaft des Zaren. Um einer rednerischen Zuspitzung willen waren wirkliche und zu gewinnende Freunde weggeschoben, selbst vor den Kopf gestoßen. Der Kanzler schwächte zwar in einer zweiten Rede (9. April) seinen Ausspruch ab und berief sich darauf, daß er nur die gefährlichen Schlagworte der Panlawisten habe treffen wollen; aber jene Worte prägten sich tief in die Gemüter ein, und während des Weltkrieges haben die Treibereien zum Abfalle der österreichischen Slawen von Österreich, besonders unter den Soldaten, regelmäßig auch mit der Rede des Reichskanzlers gearbeitet, der selbst festgestellt habe, es handle sich um einen gewaltigen, gegen die Slawen gerichteten Rassenkampf; in der Verteidigungsrede des tschechischen Führers Kramář vor seinen Richtern nimmt dieses Schlagwort einen breiten Raum ein.

\*

## Differenzen zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin in den Balkanfragen

Diese Verallgemeinerung wurde von der Politik des Berliner Kabinetts auch auf die Balkanhalbinsel übertragen. Jagow gefiel sich in dem Gedanken, nicht bloß das verbündete Rumänien und die Türkei, sondern auch Griechenland in eine engere Verbindung mit den Mittelmächten zu setzen und durch sie das slawische Bulgarien einzukreisen. Er schätzte den Wert Rumäniens zur Abwehr Rußlands nach Gebühr ein, das Verhältnis zu Bulgarien dagegen sah er durch einen Nebel von Vorurteilen. Er war überzeugt, daß die Bulgaren, da sie ihre Unabhängigkeit wie ihre letzten großen Erfolge Rußland verdankten, dessen gefügige Vasallen und für den Dreibund nicht zu gewinnen wären. Ihren König Ferdinand mißachtete er tief, erklärte ihn für einen Ränkeschmied, dessen Wort keinen Glauben verdiene. Als er März 1913 mit Berchtold zusammentraf, überraschte er diesen höchlich durch die Darlegung, es wäre aussichtslos, Bulgarien von Rußland loszulösen. Vergebens stellte ihm Berchtold auf Grund seiner besseren Kenntnis vor, daß Bulgarien der Vormundschaft Rußlands müde und zum Anschlusse an die Mittelmächte reif sei. Ebenso uneinig waren die zwei Minister auch über die Serbien gegenüber einzuhaltende Politik. Jagow wünschte, das Wiener Kabinett solle das serbische Volk durch Entgegenkommen an sich heranzuziehen suchen. Berchtold hielt ihm entgegen, das Wiener Kabinett habe in der letzten Krise das äußerste an Selbstbescheidung geleistet und sich mit einem Existenzminimum begnügt, gerade ausreichend, um aus der Balkanpolitik nicht völlig zu verschwinden. Dann meinte er, es sei zwar recht erwünscht, sich mit Griechenland gutzustellen, doch habe das seine Grenze, da zwischen den Hellenen und Italienern böser Zwist über Valona und Südalbanien schwebte, so daß man nicht gleichzeitig mit beiden eng verbunden sein könne.

Die Meinungsverschiedenheiten waren, als sich die Minister trennten, nicht ausgeglichen. Bei dem Gespräche war Berchtold, der sich

zögernd und stockend ausdrückte, im Nachteil gegen den deutschen Staatssekretär, der ihm an dialektischer Schärfe überlegen war. Der österreichische Minister schrieb besser als er sprach, aber auch im schriftlichen Verkehr kamen die zwei Männer einander nicht näher. So kam es, daß das Wiener Kabinett in Balkanfragen sich während einiger Zeit mit Rom besser verstand als mit Berlin. Denn San Giuliano fand es angeichts der ihm von Serbien und Griechenland bereiteten Schwierigkeiten zweckmäßig, Bulgarien gegen diese Staaten auszuspielen. Auf diese Weise arbeiteten der österreichische und der italienische Gesandte in Sofia zusammen, während der deutsche Vertreter sich kühl abseits hielt.

Der bulgarenfeindliche Kurs kam Berchtold unerwartet, da Kaiser Wilhelm noch im Dezember 1912 in einem längeren Gespräche mit dem rumänischen Thronfolger Ferdinand den Rumänen dringend geraten hatte, sich mit den Bulgaren zu verständigen, um gemeinsam mit ihnen Rußland vom Balkan fernzuhalten.

Berchtold klagte in seinen Schreiben an den österreichischen Botschafter in Rom, Mérey, daß seit dem Tode Riederlens die Ansichten des Berliner Kabinetts umgeschlagen hätten, so zwar, daß er sich mit dem früheren Staatssekretär in gutem Einvernehmen befunden habe, nicht aber mit dem jetzigen. Dieser aber fand mit seinen mißtrauischen Beschwerden über Bulgarien bei Wilhelm II. williges Gehör, so daß der Kaiser seine alte persönliche Abneigung gegen Ferdinand auch auf den bulgarischen Staat übertrug und in seiner alles vergrößernden Art seinem Grolle in harten Worten Luft machte.

Aus diesen Mißhelligkeiten erklärt sich zum Teil die Schwäche des Wiener Kabinetts bei dem Zusammenstoße mit Serbien und Montenegro. Der von Berlin aus geübte sanfte Druck, in der Diakowa-Angelegenheit nicht eigensinnig zu sein und der Belgrader Regierung entgegenzukommen, legte sich lähmend auf die in Wien zu fassenden Entschlüsse. Als durch die Schwäche Österreichs nicht bloß dessen Ansehen, sondern auch das des deutschen Bundesgenossen litt, und Berchtold sich verspätet zur Tat aufraffte, da ward ihm allerdings die Genugtuung, daß Jagow dem österreichischen Botschafter in Berlin anfangs Mai er-

klärte, er sehe jetzt selbst ein, das Wiener Kabinett habe die serbische Politik richtiger beurteilt als er; aber der Schaden war nicht mehr gutzumachen.

Von diesem häuslichen Zwiste der zwei Kaiserhöfe drang nur wenig in die Öffentlichkeit, um so mehr von einem anderen und wichtigeren, der sich wegen der Beziehungen zu Rumänien und zu Bulgarien einstellte. Wir erinnern uns, daß König Carol von Rumänien zu Beginn des ersten Balkankrieges loszuschlagen wollte, um zu verhindern, daß Bulgarien sich zu der slawischen Großmacht der Balkanhalbinsel auswachse. Österreich wirkte in Bukarest beruhigend, versprach aber, ebenso wie Deutschland, nachdrücklich dafür zu sorgen, daß Rumänien eine Erweiterung seines Staatsgebietes im Südosten erhalte, wodurch das Gleichgewicht auf der Halbinsel herzustellen wäre. Silistria mit einem möglichst breiten Gebiete sollte rumänisch werden. Daraufhin erneuerte Rumänien, das von dem konservativen Ministerium Majorescu regiert wurde, Anfang Februar 1913 das Verteidigungsbündnis mit dem Dreibunde<sup>1)</sup>. Die Mittelmächte setzten sich in Sofia auch ernstlich für die rumänischen Ansprüche ein, stießen aber auf hartnäckige Weigerung der bulgarischen Regierung.

Das Selbstbewußtsein Bulgariens schwoll nach den erfochtenen Siegen an; es kümmerte sich wenig um die platonischen Drohungen der zwei Kaiserreiche. Damals zuerst machte sich in der öffentlichen Meinung Rumäniens die Empfindung geltend, das Land zöge aus der Verbindung mit dem Dreibunde keinen Gewinn. Die nationale Abneigung gegen die in Siebenbürgen gewalttätig vorgehenden Magyaren war bisher durch die Hoffnung niedergehalten worden, die zwei Militärmächte Mitteleuropas seien stark genug, Rumänien auf der Balkanhalbinsel schadlos zu halten. Jetzt tauchte die Frage auf, welchen Wert es hätte, an Österreich-Ungarn gefettet zu sein, wenn es rechte Dienste nicht zu leisten vermochte. Noch hielt sich die vom Ministerpräsidenten Majorescu und von Peter Carp geführte konservative Parlamentsmehrheit zur Politik König Carols; es löste sich aber unter Führung

<sup>1)</sup> Pribram, „Geheimverträge“, S. 107 ff.

Filipescus und Jonescus schon von ihr eine Gruppe ab, die langsam zu den Randmächten hinüberschwenkte, eine Wandlung, die sich in der von Bratianu geführten liberalen Partei bereits früher vorbereitet hatte. Der Mißmut über die Schwäche der Mittelmächte bestimmte die rumänische Regierung, sich nach Petersburg mit der Bitte um Vermittlung zu wenden, was ein schöner diplomatischer Erfolg des Petersburger Kabinetts war. Dieses kam den Rumänen entgegen und lud die Großmächte zu einer Konferenz nach Petersburg ein. Bei dieser Zusammenkunft lösten die Dreibundmächte ihr Versprechen redlich ein, indem sie auf eine Entschädigung für Rumänien drangen; England wirkte zwar entgegen, aber da Rußland nach beiden Seiten vermittelte, gaben die Bulgaren nach längerem Widerstreben nach und unterzeichneten das Protokoll vom 26. April, in welchem sie Silistria nebst einem schmaleren Landstreifen Rumänien zu überlassen versprachen. In Bukarest war man durch den erzielten Landgewinn durchaus nicht zufriedengestellt und gefellte sich, als das Angewitter über Bulgarien heraufzog, dessen Feinden bei.

Von diesem Zeitpunkte an ließ sich der zwischen Berlin und Wien bestehende Zwiespalt nicht mehr verdecken. Deutschland war Feuer und Flamme gegen Bulgarien. Nicht bloß aus Bundestreue gegen Rumänien, nicht bloß, um diesen Staat nicht in die Arme des Dreiverbandes zu treiben. Das waren wohlerrwogene Gründe des Handelns, unverständlich aber war die Welle von Hohn und Zorn, die sich von Berlin aus über Bulgarien ergoß. Rumänien, so ließ Jagow in Wien erklären, tue recht daran, das allzu stark gewordene Großbulgarien niederzuhalten. Anders Berchtold. Nach wie vor arbeitete er im Schweiße seines Angesichtes an der Vermittlung zwischen Bukarest und Sofia. Er stellte den Bulgaren vor, daß sie wie wahnsinnig ins Verderben rannten, wenn sie gegen alle ihre Nachbarn ohne Unterschied losstürmten; er bat König Carol, zu bedenken, daß mit dem Niederbruche Bulgariens ein Stück des den Balkan gegen Rußland schützenden Dammes zusammenstürze. Der deutschen Regierung schien es wichtiger, Rumänien mit festem Vertrauen auf die Treue der Mittelmächte zu

erfüllen; das Wiener Kabinett dagegen setzte seine Hoffnung mehr auf Bulgarien, sah in ihm den Bundesgenossen der Zukunft und gab sich Mühe, zwischen dieser slawischen Volke und Rußland den Keil zu treiben. Graf Berchtold rechnete damit, daß Serbien immer von Begierde nach den südslawischen Provinzen der Monarchie getrieben sein werde, weshalb es durch Bulgarien im Schach zu halten wäre. Für die Ansicht sowohl der deutschen wie der österreichischen Regierung sprachen gewichtige Gründe; nicht der Mangel an Einsicht hier oder dort war das Übel, sondern die Hartnäckigkeit, mit der jeder der zwei Bundesgenossen den Karren in eine andere Richtung zog. Er blieb auch wirklich im Sumpfe stecken.

\*

### König Ferdinand von Bulgarien

Alles hing davon ab, ob Graf Berchtold der bulgarischen Regierung Vernunft beibringen und sie überzeugen konnte, daß sie Rumäniens Ansprüche befriedigen mußte, um nicht vom Norden her ebenso angefallen zu werden wie im Westen von den Serben, im Süden von Griechen und Türken. Geling dies, so war eine Osterreich-Ungarn befriedigende Ordnung auf der Balkanhalbinsel herzustellen; dann bildete der rumänisch-bulgarische Block die Brücke nach Konstantinopel und Vorderasien, Serbien war zu bescheidenem Auftreten genötigt und der Balkanschrecken beschworen. Dieses Verfahren nun stimmte nicht zu dem von Jagow ausgeflügelten Systeme, so daß Osterreich-Ungarn bei ihm keine Unterstützung fand; aber die eigentliche Ursache des Scheiterns des Planes lag in der hartnäckigen Unbelehrbarkeit der Bulgaren, die sich nach allen Seiten ausdehnen, nirgends nachgeben wollten. Dieses Bauernvolk hielt zähe daran fest, keine von seinen Söhnen bewohnte Scholle Landes den Fremden dahinzugeben, und in dem von Rumänien beanspruchten Gebiete saßen Bulgaren.

Wenn wenigstens König Ferdinand sich zu einer höheren Auffassung aufgeschwungen hätte! Er war aber durch die großen Erfolge der zwei ersten Balkankriege berauscht, durch den nahezu wunderbaren Umschwung seines Schicksals aus dem Gleichgewicht gebracht. Wie war er zu Beginn seiner Regierung von Gefahren umringt gewesen! Diesen schweren Anfang überstand er nur mühsam und mit Hilfe des Wiener Kabinetts; später suchte er seine Stütze an Rußland, das er durch den Übertritt seines erstgeborenen Sohnes zur orthodoxen Kirche versöhnte. Was Ferdinand errang, verdankte er dem gewandten Schaukel-  
spiele zwischen Petersburg und Wien. Auch Hinterlist nahm er zu Hilfe, so als er nach dem Abschlusse des auch gegen Osterreich-Ungarn gerichteten Balkanbundes nach Wien reiste, um den Kaiser und seine Minister in Sicherheit zu wiegen.

Als er Adrianopel erobert hatte und Konstantinopel bedrohte, überflog sein Ehrgeiz die Schranken der Klugheit. Stambul war das seiner Seele vorschwebende Trugbild. Man erzählt, der König habe in seinem Ringe die Gemme der byzantinischen Kaiser getragen, als wäre er zum Nachfolger Justinians des Großen und der Komnenen bestimmt. Bei solch hochfliegenden Hoffnungen wies er es auch von sich, den Rumänen größere Stücke bulgarischen Bodens abzutreten, obwohl er für gewöhnlich ein kluger, die Wirklichkeiten bedächtig abwägender Politiker war. Aber derartige Widersprüche lagen eben in seinem Inneren dicht nebeneinander; einmal überfiel ihn Niedergeschlagenheit, dann schwellte ihn Siegesgefühl. Seine Umgebung klagte darüber, daß er bei guter Stimmung jemanden zart behandeln konnte, um ihn dann durch Kälte und Härte zu verletzen. In dem nervösen Wechsel seiner Stimmungen, in seinen despotischen Launen lag etwas Krankhaftes. Ebenso schwer ist es, die ihn leitenden religiösen und politischen Beweggründe zu entwirren, denn er war ein die Bräuche seiner Kirche ängstlich ausübender Katholik, litt schwer unter dem Kirchenbanne, den der Papst nach der orthodoxen Taufe seines Sohnes über ihn verhängte, ließ sich aber dadurch nicht in seinem politischen Verhalten bestimmen; daneben aber hing er an manchem ganz unkirchlichen Aberglauben. Er stand

im Mittelpunkte sämtlicher Angelegenheiten seines Landes, die alle durch seine Hand gingen. Seine Kenntnisse waren ausgebreitet, seine Intelligenz befähigte ihn zum Verständnisse aller inner- und außenpolitischen Beziehungen; aber ein großer Herrscher war er nicht, da sich bei ihm das Berechnen und das Handeln oft in kleinliche Ränke verlor.

Auch in der großen Verwicklung von 1913 glaubte er lange mit kleinen Rünsten das Auslangen finden zu können. Er hielt das Wiener Kabinett mit schönen Worten hin und gleichzeitig versicherten seine Minister in Petersburg, daß Bulgarien den Zaren als seinen Retter, als Schiedsrichter in dem Streite mit Serbien verehere. Aber in Rußland mißtraute man ihm ebenso wie am Berliner Hofe und hatte zwischen Bulgarien und Serbien bereits die Wahl getroffen. Schon während seines Triumphes über die Türkei war die russische Regierung wegen seiner Absichten auf Konstantinopel unruhig geworden. Außerlich zwar wurden die zwei Slawenvölker des Balkans mit liebevoller Unparteilichkeit behandelt, denn die Welt sollte glauben, daß der Zar über beide wie als Vasallen verfügte. Die Petersburger Regierung war aber innerlich entschlossen, Bulgarien die Flügel zu beschneiden. Schon waren die Anstalten getroffen, um gegen das überstarke und undankbare Volk nicht bloß die Serben, sondern auch die blutsfremden Rumänen und Griechen zum Kampfe aufzubieten.

